

Berlinistan 2007



U-Bahn-Werbung auf arabisch (gibts auch auf türkisch) für das Berliner [Ring-Center](#)
(Spürnase: U.B.)

Schweiz: Sozialamt finanziert Islamisten und Haushaltshilfe

☒ Europa muss untergehen. Wir lassen die Feinde unserer Freiheit nicht nur begeistert ins Land, nein, überall in Europa geben wir ihnen auch noch finanzielle Mittel in die Hand, die ein Durchschnittsverdiener in unselbständiger Beschäftigung niemals erreichen kann. Ganz besonders die Grünen und die Roten setzen sich für die „armen unterpriviligierten“ Menschen ein. Und so wundert es nicht, dass in Zürich [eine Grüne](#) für einen Sozialhilfeskandal allererster Güte verantwortlich ist: Sozialvorsteherin Monika Stocker (Foto).

In den Schweizer Zeitungen finden sich haufenweise haarsträubende Vorfälle, für die Stocker verantwortlich ist. Zum Beispiel unterstützte das Zürcher Sozialamt seit November 2004 einen 48-jährigen Libyer mit 81353 Franken. Der hat sogar einen Arbeitgeber, die FIOE (Föderation der Islamischen Organisation Europas), deren Mitglieder aus Europa «Eurabien» machen möchten. Aber der zahlt zu wenig, das Sozialamt gibt Zuschüsse, damit seine Existenz gesichert ist. Die *Weltwoche* schockiert mit [folgendem Beispiel](#):

Im Herbst 2001 blitzte die Polizei Ferad Skalonic auf der Autobahn mit 198 km/h. Da der 34-jährige Chauffeur aus*

Bosnien bereits einschlägig vorbestraft war, musste er seinen Führerschein abgeben. Er verlor seine Stelle, ausserdem wurde eine Busse von 10000 Franken ausgesprochen. Angeblich fühlte sich Skalonic, ein Familienvater mit vier Kindern, danach nicht mehr in der Lage zu arbeiten. Zeitweise suchte er Hilfe bei einem Psychiater. Wenig später wurde auch seine Frau krank, zuerst litt sie an einer Entzündung am Handgelenk, dann schmerzte plötzlich das Bein, so dass sie nur noch Teilzeit arbeitete. Skalonic blieb arbeitslos. Im Januar 2003 wurde Ferad Skalonic von der Arbeitslosenkasse ausgesteuert und an das Sozialamt der Stadt Zürich verwiesen.

Im Rückblick müsste Ferad Skalonic der Polizei danken. Etwas Besseres hätte ihm und seiner grossen Familie gar nicht passieren können, finanziell gesehen. Nun wurde ihm von Amtes wegen eröffnet, dass er zu jener Gruppe gehört, die «auf Fürsorgeleistungen angewiesen sind», wie es im Jargon heisst. «Seit Monaten unter dem Existenzminimum, Familie hat sich aus Stolz nicht beim Sozialamt melden wollen», protokolliert die zuständige Sozialarbeiterin am 20. Januar 2003 bei der Fallaufnahme, «bis dann klar wird, dass der Familie monatlich über Fr. 3000.– zur Existenzsicherung fehlen». Wenige Tage später sind die dringendsten Rechnungen beglichen: ausstehende Mietzinsen, Zahnarzt, Krankenkasse, die Gebühren für die Verlängerung der C-Bewilligung, diverse Versicherungen. In den folgenden Tagen wird die Wohnsituation geregelt und Ferad Skalonic's Gebiss saniert. Ausserdem entdeckt der Sozialarbeiter eine doppelt abgeschlossene Hausratversicherung, die nun storniert wird. Danach geschieht monatelang nichts mehr. Skalonic tritt keine neue Stelle an, ohne Fahrausweis findet er nichts Passendes. Gleichzeitig reduziert seine Frau ihr Arbeitspensum auf zwanzig Prozent. Sie verdient nun so wenig, dass sie ebenfalls Sozialhilfe erhält. Ihren geringen Verdienst muss sie nicht abgeben, er gilt als «Freibetrag». Damit möchte man Sozialhilfeempfänger dazu motivieren, ihre Rente ein wenig aufzubessern.

Monatlich erhält nun Familie Skalonic via Bank eine Rente überwiesen. Während der folgenden Jahre finden sich nur noch sporadische Einträge in der Fürsorgefiche. Zum Beispiel im Dezember 2004: «Frau S. und die Kinder haben schw. Pass bekommen; Herr S. sei wegen Verkehrsdelikten nicht eingebürgert worden». Februar 2006: «Frau S. bringt diverse Rechnungen vorbei. Mit 4 Kindern sei sie völlig überfordert. Finanzen würden nirgends wohin reichen. Der Mann sitze den ganzen Tag rum und jammere.» Juni 2006: «Herr S. ist überglücklich, er habe endlich wieder seinen Fahrausweis zurückbekommen. Frau S. bringt Rechnungen. Habe gesehen, dass sie allein für Tel. um die Fr. 350 bezahlen. Es ist klar, dass das so nicht reicht.»

Trotz Führerschein hat Ferad Skalonic bis heute keine neue Arbeit gefunden. In den letzten vier Jahren hat das Sozialamt der Stadt Zürich die bosnische Familie mit 235979 Franken und 90 Rappen unterstützt. Das macht 4916 Franken im Monat. Hinzu kommen 1000 Franken, welche die Ehefrau verdient, total sind es demnach monatlich rund 6000 Franken, netto und steuerfrei. Das ist weit mehr, als Ferad Skalonic, Chauffeur, mit legaler Arbeit je verdienen könnte.

Der Fall Skalonic ist keine Ausnahme, sondern Alltag im Zürcher Sozialamt. Für eine sechsköpfige Familie ist eine monatliche Rente von knapp 5000 Franken sogar eher an der unteren Grenze. Der Weltwoche liegen ein halbes Dutzend Fallbeispiele vor, bei denen, je nach Bedarf, mehr ausbezahlt wurde: Eine dreiköpfige Flüchtlingsfamilie aus dem Kosovo erhält monatlich 5151 Franken, eine sechsköpfige Familie aus dem Irak kommt dank zusätzlichem Eigenverdienst auf über 7000 Franken im Monat, in einem weiteren Fall, von dem später noch die Rede sein wird, sind es über 9000 Franken. Zum Vergleich: Der statistische Durchschnittslohn in der Schweiz betrug vergangenes Jahr 5700 Franken brutto (vor Abzug von Sozialabgaben und Steuern). Das betriebsrechtliche Existenzminimum für eine vierköpfige Familie, die keine

Fürsorge bezieht, liegt bei gut 4000 Franken.

Der Bevölkerung ist bisher kaum bekannt, wieviel Geld man für's Nichtstun bekommt. Das wird sich ja nun hoffentlich ändern, insofern muss man Frau Stocker direkt dankbar sein.

Dass Sozialhilfeempfänger solche hohen Beträge erhalten – ohne Gegenleistung –, ist in weiten Kreisen der Bevölkerung kaum bekannt. Was nicht zufällig ist, denn die Sozialexperten nennen in der Öffentlichkeit meistens nur die Zahlen für den sogenannten Grundbedarf. Im Fall Skalonic wären das monatlich 2592 Franken zuzüglich Krankenkassenprämien und die Miete für die Wohnung oder das Haus, welche vom Sozialamt direkt beglichen wird. Entscheidend sind aber all die Beträge, die wenig präzise «weitere situationsbedingte Leistungen» genannt werden. Darunter fallen unzählige Leistungen, die das Sozialamt bezahlt: sämtliche Selbstbehalte der Krankenkasse sowie die Kosten für Zahnbehandlungen. Ebenso Abonnemente für öffentliche Verkehrsmittel, Schulbücher, Nachhilfeunterricht, aber auch Autofahrstunden, ja Musikunterricht oder der Koranunterricht. Engagiert sich ein Sozialhilfeempfänger in einem Verein, zahlt die Stadt den Vereinsbeitrag, fährt eine Familie in die Ferien, werden auch diese Kosten vom Sozialamt übernommen.

Dazu kommen weitere Sonderhilfen. Mit Motivations- oder «Minimalzulagen» wird etwa der Besuch eines Integrationskurses oder ein Ehrenamt bei einem Verein belohnt. (...) Auch die kostenlose Prozessführung vor Miet-, Arbeits- oder Versicherungsgericht gehört dazu. Kurz, wer im System drin ist, hat Anrecht auf eine Art Vollkaskoversicherung ohne Selbstbehalt und Risiko – und wird dieses System vernünftigerweise nie verlassen.

Auch wenn die SVP jetzt eine Initiative „Stopp dem asozialen Sozialmissbrauch“ gestartet hat und die Kritik an Stockers Amtsführung immer lauter wird: Wir sind nicht mehr zu retten,

denn aufgrund jahrzehntelanger Gutmenschenpropaganda sitzen die Stockers überall.

(Spürnasen: René L., Manfred M. und Barbara St.)

Heroinverkauf in Deutschland finanziert kurdischen PKK-Terror

☒ „Report München“ berichtet in [seiner heutigen Sendung](#) (21.45 Uhr, ARD) über irakische Kurden, die mit dem Verkauf von Heroin in Deutschland Aktionen der kurdischen Terrororganisation PKK in der Türkei finanzieren. Die Augsburger Sonderkommission „Ali Baba“ (kein Witz!) geht seit 2004 gegen den organisierten Drogenhandel in der 250.000-Einwohner-Stadt vor und war bei ihren Ermittlungen auf die Drogendealer gestoßen.

(Spürnase: [Bernd Dahlenburg](#))



Pfarrer will Kollekte für Moscheebau spenden



Folgende Meldung würden wir gerne unter „Aprilscherz“ verbuchen: Der von christlicher Nächstenliebe durchtränkte katholische Pfarrer Franz Meurer möchte die nächste [Sonntagskollekte für den Bau einer Moschee](#) spenden. Er findet es „klar, dass wir denen helfen“. Einstimmig wäre die Entscheidung im Pfarrgemeinderat und dem Kirchenvorstand seiner Gemeinde St. Theodor gefallen, obwohl es auch kritische Stimmen gegeben habe.

Aber die habe er mit dem Argument „Mensch, Leute, überlegt doch mal. Dadurch stärken wir doch die Vernünftigen.“ Aha, die Vernünftigen sind demnach also Moslems und zwar die von DITIB.

Der Bau der Moschee in Köln-Ehrenfeld am Hauptsitz der türkisch- islamischen Vereinigung DITIB gilt in Köln als umstritten, obwohl er von allen großen Parteien im Stadtrat mitgetragen wird. Meurer sagte, seine Gemeinde pflege enge Kontakte zur DITIB und freue sich über den geplanten Neubau. „Die Imame von der DITIB, das sind so hochgebildete, vernünftige, liebe, menschliche Leute, die machen so eine tolle Jugendarbeit. Wir lernen viel von denen, und die lernen auch von uns.“

Ehrenmorde, Zwangsverschleierung, arrangierte Ehen, Zweit- und Drittehefrauen und Geschlechterdiskriminierung – sie haben so viel zu bieten! Was haben wir dagegen? Individuelle Freiheiten, Recht auf Selbstbestimmung und Gleichberechtigung. Nicht viel, es ist ein sehr einseitiges Geschäft. Und der

„alternative Ehrenbürger der Stadt Köln“ – Pfarrer Meurer – zerbricht sich bereits den Kopf, was er von dem vielen gespendeten Geld politisch korrekt kaufen wird.

Geplant ist, von dem Geld etwas für die Moschee zu kaufen. „Das wird natürlich nicht so einfach. Die denken da bei uns vielleicht an ein Kniebänkchen, eine Schelle, ein Bild oder so was. Aber da hab ich schon gesagt: ´Freunde, daraus wird wohl nix. Die beten da in ihrer Moschee eins zu eins zu Gott – die haben nicht so´n liturgisches Gerät wie wir.´“ Am Ende werde es vielleicht ein Vorhang werden. Letztlich gehe es aber auch nicht um die konkrete Sache, sondern um die Geste.

Gar nicht so einfach, für eins zu eins zu Gott betende Leute was zu finden. Hoffen wir, dass sich das Problem durch mangelnde Spendenbereitschaft nicht stellt.

Kontakt zu Pfarrer Meurer:

Kath. Pfarramt St. Theodor
Burgstraße 42
51103 Köln-Vingst
Tel. 0221 – 871417
Fax 0221 – 876797

(Spürnasen: b. jellyfish, Stefan, Jürgen B., Werner Sch. und Gerhard B.)



Der Islam aus islamischer

Sicht

✘ Der *Kölner Stadtanzeiger* gibt dem international bekannten Ethnologen Abdellah Hammoudi (Foto) heute [ein Forum](#), damit er uns erklären kann, wie der Islam wirklich ist und wieviel Bereicherung er uns bringt. Das Interview entbehrt nicht einer gewissen Komik, allerdings nur für die, die sich jenseits der medialen Gutmenschen-Gehirnwäsche mit dem real existierenden Islam beschäftigen. Alle anderen glauben hoffentlich möglichst wenig von dem, was sie hier aufgetischt bekommen.

Kölner Stadtanzeiger: Herr Hammoudi, beruhen die kulturellen Differenzen zu den in Europa lebenden Muslimen auf einer unzulässigen Vereinfachung?

Abdellah Hammoudi: Ja, Muslimen werden zu häufig grobe Vereinfachungen übergestülpt. Sie sind Objekt von Feindseligkeit, politischen Kalküls und anderer Motive, die allzu oft an die Stelle eines Dialogs und seriöser Versuche treten, mehr über sie zu erfahren. Das bedeutet weder, dass ich das Vorhandensein von Schwierigkeiten leugne, noch dass diese Probleme einzig von einer Seite herrühren. Aber die Muslime haben praktisch keine Macht in Europa. Ihnen stehen nur sehr begrenzte Mittel der Einflussnahme zur Verfügung.

Hier haben wir zum ersten Mal geweint! Muslime bekommen von uns was übergestülpt. Und wir dachten bisher immer, sie stülpen sich selbst was über – ein Kopftuch zum Beispiel oder eine Burka. Und dann haben sie noch nicht einmal Macht, die Ärmsten, müssen sich alles gefallen lassen! Ulfkotte schreibt in seinem neuen Buch [„Heiliger Krieg in Europa“](#):

Es wird aufgezeigt, welche Veränderungen sich in unserer Gesellschaft bereits vollzogen haben, die man, isoliert betrachtet, für marginal halten könnte, aber im Zusammenhang gesehen ergeben sie ein wahrlich düsteres Bild für die

Zukunft der freiheitlichen Demokratien der europäischen Staatengemeinschaft. Viele von uns haben bislang geglaubt, dass durch immer neues Nachgeben und weitere Zugeständnisse ein friedliches Miteinander der verschiedenen Religionsgemeinschaften dauerhaft möglich sein würde. Dabei unterschätzen sie die Strategie muslimischer Führer, die den Demokratien seit Jahrzehnten schon den Kampf angesagt hat. (...) Auf sanften Druck der Muslimbruderschaft hinterfragen wir unser Handeln inzwischen ständig danach, ob es möglicherweise den Islam „beleidigen“ könnte. Die umgekehrte Frage ist uns fremd.

Aber egal, Ulfkotte hat das nicht verstanden. Die Moslems werden vereinfacht und kriegen was übergestülpt. Und Macht haben sie auch nicht. Jetzt kommt die Bereicherungsfrage:

Kann den Muslimen in Europa ein Gefühl der Heimat vermittelt werden – als europäische Muslime? Können sie dann eine kulturelle und ökonomische Bereicherung sein?

Hammoudi: *Absolut! Muslime haben über einen sehr langen Zeitraum zur Prosperität Europas beigetragen als Handelspartner oder als Arbeiter. Europa verdankt seinen ökonomischen Reichtum zu einem großen Teil der kolonialen Vergangenheit einiger ihrer Mächte in muslimischen Ländern. Große Mengen von Muslimen sind in europäische Kriege hineingezogen worden. Es ist an der Zeit, dass die Europäer erkennen, dass die Muslime immer schon eine Rolle im Geschick Europas gehabt haben. Und was man Einwanderung nennt, kann auch als eine Heimkehr angesehen werden. Dialog und beidseitige Anerkennung sind notwendig für neue Formen des Zusammenlebens.*

Wenn wir das jetzt richtig verstanden haben, geht es uns nur so gut, weil wir in der Vergangenheit ständig islamische Länder überfallen und ausgeraubt haben. Dauernd haben wir die friedlichen Moslems („Islam heißt Frieden!“) mit Kriegen

überzogen, während von diesen selbst niemals irgendwelche Aggressionen ausgegangen sind. Das ist schändlich! Aber richtig lustig wird's jetzt:

Kann man vom Islam als einer religiösen Einheit sprechen?

Hammoudi: *Ja. Muslime haben sich jahrhundertlang als Einheit verstanden, die sich gegenseitig akzeptieren und ihre Diversität untereinander diskutieren.*

Weshalb Moslems auch nie Kriege miteinander führen. Niemals kämpfen Sunniten gegen Schiiten, auch nicht weiße gegen schwarze Moslems wie in Darfur, auch nicht Sunniten und Schiiten gegen Kurden – nein, sie haben sich alle ganz doll lieb und fassen sich an den Händen. Und wer was anderes sagt, der lügt. Deshalb hakt der *Stadtanzeiger* auch nicht nach und fragt, wie es denn sein kann, dass die meisten Opfer von Moslems Moslems sind. Und obwohl sich alle so gut verstehen, will der Islam eins auf keinen Fall: Die Weltherrschaft!

Was denken Sie über die These eines Islamo-Faschismus?

Hammoudi: *Ein Wort zu prägen, das eine Verbindung von Islam und Faschismus herstellt, ist grotesk. Muslimische Länder werden bekämpft oder erobert, ich kann keine muslimische Nation oder Organisation erkennen, die versucht, die Weltherrschaft zu erlangen.*

Ulfkotte, der – wie [wir](#) – das Gegenteil zu glauben scheint, schreibt:

Für Europäer ist es schwer verständlich, dass das Ziel des Islam seit Mohammeds Zeiten unverändert geblieben ist: Die Errichtung der „Königreiches Allahs auf Erden“.

Ein Ungläubiger eben, einer, der Lügen verbreitet. Moslems sind friedlich, bereichern uns ständig in jeder Beziehung und

wollen keine Weltherrschaft. Am Schluss erfahren wir noch, dass die Palästinafrage der Schlüssel zum Frieden ist und wie wir gegen die den Muslimen auferlegten Ungerechtigkeiten vorgehen und sie als gleichwertige Partner ansehen müssen. Außerdem brauchen wir dringend eine internationale Kooperation für ökonomische und soziale Entwicklungshilfe. Vielleicht könnten wir auf jeden Liter Benzin und Heizöl eine weitere Zwangsabgabe erheben und Gelder an notleidende moslemische Länder wie Saudi-Arabien, den Iran oder die Emirate schicken. Der *Stadtanzeiger* hatte jedenfalls keine weiteren Fragen ...

Präsidentenschaftswahl: Chirac macht Weg frei für Sarkozy

☒ Nach zwölf Jahren wird Frankreichs Staatspräsident Jacques Chirac nicht mehr für eine dritte Amtszeit kandidieren. Das teilte der 74-Jährige gestern Abend in einer Fernsehansprache mit. Chirac macht damit den Weg frei für seinen „Parteifreund“ Innenminister Nicolas Sarkozy, der nach aktuellen Umfragen im Rennen um das höchste Staatsamt in Frankreich deutlich vor der sozialistischen Kandidatin Segolene Royal liegt.